

# Sächsische Elbzeitung

Tagblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtdirektion Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in M.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tagzeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: K. Koblappner

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Letzreihe 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 84 Bad Schandau, Sonnabend, den 9. April 1927 71. Jahrgang

## Das Arbeitszeitnotgesetz angenommen

### Knappe Mehrheit für das Arbeitszeitnotgesetz.

Vertagung des Reichstages bis 10. Mai.

(309. Sitzung.) OB. Berlin, 8. April.

Die Kommunisten legten zu Beginn der Reichstags-sitzung eine Interpellation wegen der Vorgänge in Peking vor, die aber zurückgestellt werden mußte, da kein Regierungsbereiter anwesend war, der erklären konnte, ob die Regierung antworten wolle.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die dritte Lesung des Arbeitszeitnotgesetzes.

Abg. Grafmann (Soz.) legte noch einmal die Gründe für die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Fraktion dar und wandte sich dabei besonders gegen die Wünsche des Handwerks, von dem Gesetz befreit zu werden. Er erklärte den Achtstundentag für tragbar und für erforderlich, um dem Arbeitslosenproblem wirklich zu Leibe gehen zu können.

Abg. Dr. Stegerwald (Ztr.) widersprach der Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Forderungen aller Gewerkschaften vertritt. Das Verhandlungsergebnis sei von allen Seiten nur als Nichttun angesehen worden, die nicht plötzlich und reißlos im Reichstag durchgesetzt werden könnten. Durch fordes Auftreten könne man die Arbeitszeitfrage nicht lösen. Weiter erklärte der Abgeordnete die Sozialdemokratie für entbehrlich. Ihre Politik sei immer falsch orientiert gewesen. Sie hätte auch mit der weltgeschichtlichen Stunde der Revolution nichts anzufangen gewußt. Ebenso wäre der Sturz Marx' im Dezember 1926 bestimmt kein Meisterstück der Sozialdemokratie gewesen.

Abg. Becker (Komm.) erklärte, jetzt bekommen die Sozialdemokraten den Dank des Herrn Stegerwald dafür, daß sie mit den Christlichen und den Demokraten den Achtstundentag verraten hätten.

Abg. Süß (Nationalsoz.) bekannte sich zum uneingeschränkten Achtstundentag, stimmte aber dem Notgesetz zu, weil es für die Arbeitnehmer erhebliche Vorteile bringe.

Abg. Grafmann (Soz.) erklärte, Herr Andre und Herr Stegerwald hätten sich lieber nicht zu Zuspähschiebern ihrer Partei für dieses Gesetz machen sollen; sie hätten das besser anderen überlassen sollen.

Abg. Limberg (Soz.) beschwerte sich über den Arbeiterverrat des Zentrums. Die Schwäche der Gewerkschaften sei eine Folge der Dummheit und Bosheit der Kommunisten.

Abg. Nieseberg (Dm.) fand den Widerstand der Linken unverständlich, da ja dem Unternehmer neue Lasten aufgebürdet würden. Redner empfahl schließlich eine Ausschließung, die einen Gesetzesentwurf fordert zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bädereien und Konditoreien in dem Sinne, daß die jugendliche wöchentliche Arbeitszeit eine freiere Verteilung auf die einzelnen Wochentage erlaube.

Abg. Dr. Stegerwald (Ztr.) erwiderte auf die Angriffe der Linken. Er billige die politische Entwicklung, die das Ausschreiben der Sozialdemokraten mit sich gebracht habe, nicht. Er wolle keine Rückwärtsentwicklungen, namentlich keine sozialpolitischen. Er habe das Zustandekommen der Rechtskoalition sogar abhängig gemacht von der Beseitigung der Überstundenmishandlungen, die dieses Gesetz nun auch tatsächlich bringt. Damit schloß die Aussprache.

In der Schlußabstimmung wurde das Arbeitszeitnotgesetz mit 195 gegen 184 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und die Wirtschaftspartei. Das Gesetz tritt am 1. Mai in Kraft. Angenommen wurde die Entschließung bezüglich der Bädereien und eine weitere Entschließung, die Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit fordert.

Vizepräsident Esser teilte mit, daß die Regierung bereit sei, die kommunistische Interpellation über

### die Vorgänge in Peking.

zu beantworten. Abg. Süß (Komm.) begründete dann die Interpellation und forderte zum Protest auf gegen das Einbringen chinesischer Truppen in die russische Vorkast in Peking.

Der Dirigent der ostasiatischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Dr. Trautmann, erwiderte, daß aus den neuesten telegraphischen Berichten des deutschen Gesandten in Peking hervorgehe, daß er von dem Vorgehen der chinesischen Polizei vorher keine Kenntnis hatte, sondern dadurch vollkommen überrascht worden sei. Zu einer erschöpfenden rechtlichen Beurteilung des Vorgehens der chinesischen Polizei fehle es dem Auswärtigen Amt im Augenblick noch an den nötigen tatsächlichen Unterlagen. Auf alle Fälle müsse berücksichtigt werden, daß Deutschland in dem Versailles-Vertrage auf die Rechte aus dem sogenannten Peking-Protokoll hat verzichten müssen. Er möchte schließlich besonders davor warnen, einzelne ausländische Regierungen wegen dieser Ereignisse anzugreifen, deren Tatbestand noch nicht einmal ganz feststeht. Damit ist die Angelegenheit erledigt. Das Haus vertagte sich dann bis zum 10. Mai.

Vizepräsident Esser wies in einem Schlusswort darauf hin, daß eine arbeitsreiche Tagung ihren Abschluß gefunden habe. Er stellte mit Befriedigung fest, daß der Haushaltsplan, wenn auch nicht zum verfassungsmäßigen Termin, so doch nur mit kurzer Verspätung erledigt werden konnte. Er dankte besonders dem Haushaltsausschuß und seinem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Heilmann. Besonders schmerzhaft wurde das Fehlen des Präsidenten Löbe bemerkt. Erfreulicherweise konnte sich dieser bereits wieder im Reichstage zeigen und es bestände die sichere Erwartung, daß er nach der Pause die Zügel der Reichstagsregierung wieder fest in die Hand nehmen wird. (Beifall.) Der Vizepräsident schloß, indem er den Abgeordneten ein frohliches Osterfest wünschte.

Abg. Müller-Franke (Soz.) sprach auch den Vizepräsidenten den Dank des Hauses aus.

### Neues Vorgehen gegen Rußland in China.

Erregung in Moskau.

Die Hausdurchsuchungen in russischen Unternehmungen werden auch in anderen Städten Chinas fortgesetzt. So ist in Tientsin chinesische Polizei, wie es heißt mit Genehmigung des französischen Konsulats, in die Sowjetbank, in die Bureaus der chinesischen Ostbahn sowie in andere Gebäude, die alle in der französischen Konzession liegen, eingedrungen. Alle in den durchsuchten Gebäuden angetroffenen Personen wurden festgenommen und viele Schriftstücke mit Beschlag belegt. In Shanghai ist das russische Generalkonsulat von Polizei und weißrussischen Soldaten umzingelt, so daß jeder Verkehr des Konsulats mit der Außenwelt abgeschnitten ist. Nach anderen Berichten soll sogar das Konsulatsgebäude von einer weißrussischen Freiwilligenabteilung besetzt worden sein.

In Moskau ist man über die Vorgänge in China, bei denen das russische Ansehen stark in Mitleidenschaft gezogen ist, sehr erregt. Dieser Erregung gibt die offizielle „Iswestija“ Ausdruck, die betont, daß die öffentliche Meinung der Sowjetunion höchste Erregung und Empörung über die verübten Gewalttaten zeige. Das Blatt stellt in Aussicht, daß, sobald sich die Lage klärt haben wird, Rußland die nötigen Konsequenzen ziehen wird.

### Kriegserklärung Tschangtscholis an Rußland

Der Tokioter Korrespondent der Chicago Tribune bringt die sensationelle Meldung, daß Tschangtscholin offiziell der Sowjetregierung den Krieg erklärt habe. Nach weiteren Meldungen aus

Peking rechtfertigt Tschangtscholin sein Vorgehen in Peking mit der Behauptung, daß ein Mordanschlag auf ihn geplant war. Die in der russischen Botschaft beschlagnahmten Dokumente zeigten unzweideutig, daß 4000 Kommunisten bewaffnet und sämtliche Führer der Nordregierung niedergemetzelt werden sollten.

### Feuergefecht zwischen japanischen Marinetruppen und Chinesen in Shanghai.

Eine Abteilung japanischer Marinesoldaten, die die Stadt abstreifte, wurde gestern nacht von chinesischen Schützen beschossen. Die Patrouille antwortete mit Maschinengewehrfeuer. Nach dem Gefecht erschienen britische und japanische Verstärkungen, worauf sich die Schützen zurückzogen. Das in Manschon bei Ramsgate stationierte Geschwader des englischen Fliegerkorps hat, wie verlautet, Befehl erhalten, sich für den Abtransport nach China bereit zu halten.

### Kein gemeinsames Vorgehen Amerikas mit den anderen Mächten in China.

New York, 9. April. Das Staatsdepartement dementiert nachdrücklich alle Nachrichten über ein gemeinsames Vorgehen der Vereinigten Staaten mit den anderen Mächten in China. Die amerikanischen diplomatischen Vertreter in China seien angewiesen, allein zu handeln. Washington habe sich an Protestnoten der Mächte an die Kantongregierung und die Peking Regierung nicht beteiligt.

### Für eilige Leser.

\* Nachdem das Gesetz über die Biersteuergemeinschaft im Reichsrat angenommen worden ist, wird nunmehr die preussische Staatsregierung beim Staatsgerichtshof die Feststellungsklage einreichen lassen, ob dieses Gesetz verfassungsmäßig zustande gekommen ist.

\* In Warschau ist jetzt der provisorische Anleihevertrag über eine Anleihe von 80 Millionen Dollar unter Beteiligung des Bankers-Truist und des Bankhauses Blair & Co. unterzeichnet worden.

\* Zentral-News zufolge sind in Buenos-Aires Nachrichten von einem Staatsstreich in Chile eingetroffen. Der Kriegsminister Ibanet soll den Präsidenten abgesetzt und sich selbst zum Diktator proklamiert haben.

## Asiens Menschenmilliarde und das britische Weltreich.

Von Otto Corbach.

Asien gleicht nach einem Ausspruch des Engländers Mathews einem „Behälter, dessen Millionen über den Rand des Pazifiks quellen.“ Auf den japanischen Inseln sind in einem Raum, der kaum einem Zwanzigstel des australischen Kontinents entspricht, 56 Millionen Menschen zusammengedrängt, fast zehnmal soviel wie in Australien leben. Chinas etwa 475 Millionen, die fast den vierten Teil der gesamten Menschheit ausmachen, sind aus dem Jahrtausende langen Schummer eines patriarchalischen Traditionalismus zu neuzeitlichem Streben er wacht und sprengen in revolutionären Anstrengungen die Zwangsjacke der „ungleichen Verträge“, durch die fremde Mächte sie dauernd zur Erfüllung planmäßiger Ausplünderung ihres reichen Landes zwingen wollten. Dazu kommen noch Indiens dreihundert Millionen, die Bevölkerung Birmas, der Malayenstaaten, Holländisch-Indiens mit Java, dem dichtest bevölkerten Lande der Erde, alles in allem fast eine Milliarde farbiger Menschen, die ostwärts, dem Stillen Ozean zu drängen, begierig, ihre gewaltigen Ueberschüsse an dessen jenseitigen Küsten zu landen. Dort funkeln als künftige Ziele asiatischer Auswanderung am verlockendsten drei der schönsten Juwelen der britischen Krone: Kanada mit der langen pazifischen Küstenlinie seiner dünnbevölkerten, fruchtbaren, zum Teil paradiesisch schönen Provinz British-Columbia, ein Land, das Gesamt Europa an Größe noch etwas übertrifft, mit kaum 9 Millionen Einwohnern, Australien, das nur um ein Fünftel kleiner ist als Europa, mit erst 6 043 924 Einwohnern (nach der Zählung von 1926), und Neuseeland, das Großbritannien an Umfang ziemlich gleichkommt, mit erst 1 434 000 Einwohnern. Alle drei Dominien schließen Staaten von der Einwanderung so gut wie vollständig aus. Sie wollen „weißen Mannes Land“ sein und bleiben und werden dabei von der öffentlichen Meinung sowohl Englands wie der Vereinigten Staaten und demgemäß von der Außenpolitik beider Metropolen der angelsächsischen Kulturwelt mit allem Nachdruck unterstützt. Werden aber dazu gefehlsberührende und diplomatische Mittel allein genügen, wenn neben Japan in China eine zweite gelbe Großmacht entstanden sein wird, eine Großmacht, die sich für kriegerische Zwecke auf das größte einheitsliche Menschenreservoir des Erdballs stützen kann?

Lord Northcote, der vor einigen Jahren verstorbene Begründer der Londoner Times, warnte auf seiner kurz nach dem Kriege unternommenen Weltreise die Bevölkerung Australiens davor, sich auf ihre gefehlsberührenden Kräfte zur Abwehr asiatischer Einwanderer zu verlassen. „Der Schlüssel zu eurem Weißen-Australien-Ideal“, erklärte er, „ist Bevölkerung. Ihr müßt eure schwache Besatzung durch Vermehrung eurer Bevölkerung verstärken. Nur Zahlen werden euch retten. Die Welt wird ein leeres Australien nicht dulden. Dieser Kontinent muß seine volle Bevölkerungsquote tragen. Ihr habt keine Wahl. Millionen werden zu euch kommen, ob ihr es wünscht oder nicht. Ihr könnt den Menschenstrom nicht durch eine Klausel in einer Parlaments-Akte aufhalten.“

Das Schlimme ist nun, daß man in Australien wie in Neuseeland, und wenn auch in geringerem Grade, in Kanada unter „weißen Mannes Land“ nur ein überwiegend von Menschen angelsächsischer Herkunft besiedeltes Gebiet versteht. Vom europäischen Kontinent glaubt man höchstens eine geringe Blutzufuhr ertragen zu können, und die soll dann noch vorwiegend aus den politisch harmlosen skandinavischen Ländern oder aus Dänemark kommen. Nun hat sich aber die Auswanderung aus dem Mutterlande trotz aller künstlichen Nachhilfe von der Stockung, die der große Krieg verursachte, noch nicht erholt. In den Jahren 1910 bis 1913 wanderten durchschnittlich jährlich 447 405 Menschen aus Großbritannien und Irland aus, 1922 bis 1925 durchschnittlich 274 912. Dabei wuchs die Bevölkerung Großbritanniens zwischen den Jahren 1913 und 1925 um nahezu 2 500 000 Köpfe. In Australien fiel der durchschnittliche jährliche Bevölkerungszuwachs von 148 992 in den Jahren 1911 bis 1913 auf 129 711 in den Jahren 1923 bis 1925, in Kanada von 394 678 1912/13 auf 141 350 1923/25. Das 1922 entstandene Reichsbesatzungsgesetz hat die darauf gefetzten Erwartungen nicht erfüllt. Es gestattete für 15 Jahre eine jährliche Aufwendung von 3 Millionen Pfund Sterling zugunsten der Auswanderung nach den Dominien. Tatsächlich konnten aber in den vier Jahren 1922 bis 1925 nur 1,5 Millionen Pfund Sterling für diesen Zweck aufgewandt werden. Man hatte erwartet, daß es auf Grund jenes Gesetzes möglich sein würde, jährlich 60—80 000 britische Auswanderer in den Dominien anzusiedeln. Statt dessen betrug die Zahl der unterstützten Auswanderer 1923 nur 36 195, 1924 40 757, 1925 39 548.